

Nach Trump

Eine Analyse der US-Präsidentschaftswahl

von Albert Scharenberg

Der Wahlabend verlief exakt so, wie man sich das nach Donald Trumps Ankündigungen im Vorfeld ausmalen konnte: Der Präsident hatte seit Monaten die Legitimität der Briefwahl in Zweifel gezogen und die republikanischen Wählerinnen und Wähler zur persönlichen Stimmabgabe am Wahltag mobilisiert. Diese Wählerstimmen werden nämlich zuerst ausgezählt, und da in den Umfragen bereits absehbar war, dass Joe Biden die Nase vorn haben dürfte, fackelte der Präsident nicht lange, rief sich noch am Wahlabend selbst zum Sieger aus und verlangte, die laufende Auszählung unverzüglich zu stoppen.

Dieser Putschversuch scheiterte allerdings kläglich. Selbst sein Haussender „Fox News“ mochte dem Präsidenten nicht folgen – was Trump in der Folge aber nicht davon abhielt, das Wahlergebnis weiterhin in Zweifel zu ziehen und alle juristischen Register zu ziehen, um es noch zu Fall zu bringen.

Die Demokratie im Handstreich abzuschaffen, mag fehlgeschlagen sein, aber dennoch ist keineswegs alles gut. Donald Trump erhielt rund 74 Millionen Stimmen – trotz all seiner Verfehlungen im Amt, gerade im Zuge der Coronakrise, trotz all seiner Lügen, seines Rassismus, seiner Frauenfeindlichkeit und trotz seiner sich immer deutlicher abzeichnenden rechtsradikalen Geisteshaltung.

Hier liegt das vielleicht größte Problem der US-amerikanischen Gegenwart und Zukunft: nämlich Trumps Basis. Der versierte Medienmann hat es in den letzten Jahren verstanden, seine Unterstützer völlig auf sich einzuschwören. Millionen Amerikaner vertrauen nicht mehr auf die demokratischen Institutionen, auf unabhängigen Journalismus und die Wissenschaft, die der Präsident immer und immer wieder denunziert und delegitimiert hat. Sie hören nur noch auf Trump, haben sich in eine Art freiwillige Hörigkeit begeben, aus der sie auch nach der Wahlniederlage nicht mehr rausfinden können und wollen. Für die wilden Verschwörungstheorien über angeblich massive



↳ Dr. Albert Scharenberg ist Leiter des Historischen Zentrums der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Zuvor war er Ko-Direktor des New Yorker Büros der Stiftung.

Foto: privat

Wahlfälschungen zugunsten Bidens, die Trump verbreitet – und, um die eigene Niederlage nicht eingestehen zu müssen, weiterhin verbreiten wird –, gibt es, wie die Gerichte immer wieder feststellten, keinerlei Anhaltspunkte. Dennoch werden sie willig aufgegriffen und in der eigenen, von „Medien“ wie „Breitbart“ dominierten Blase mit dem Megafon verstärkt. Informationen, die von außerhalb dieser Kreise stammen, werden entweder gar nicht erst wahrgenommen oder rundheraus geleugnet.

Wenn aber Millionen glauben, die Wahlen seien gefälscht worden, bedeutet das eine schwere Hypothek für die neue Regierung. Bereits jetzt ist absehbar, dass sie sich mit einem rechtsradikalen Trommelwirbel von Verschwörungstheorien à la QAnon konfrontiert sehen wird.

Wer entschied die Wahl?

Doch zunächst ein Blick zurück auf das Wählerverhalten: Wer hat wie abgestimmt und was sagt das über den Zustand der US-Demokratie?

Es fällt auf, dass die Wahlbeteiligung mit über 62 Prozent für US-Verhältnisse sehr hoch lag – so hoch wie seit 60 Jahren nicht mehr. Beide Kandidaten haben daher, in absoluten Stimmen gemessen, Rekorde aufgestellt. Die gesellschaftliche Polarisierung, die gerade Präsident Trump weiter verstärkte, hat offenkundig sowohl seine eigenen Unterstützer, von denen er viele aus dem Lager der Nichtwähler mobilisieren konnte, als auch seine Gegner an die Wahlurnen getrieben.

Und dennoch: Obschon die Wahl in einigen besonders umkämpften Bundesstaaten knapp ausfiel – so etwa in Georgia, Arizona und Pennsylvania –, war das Ergebnis letztlich deutlich:

Biden erhielt rund sieben Millionen Stimmen – 4,5 Prozent – mehr als Trump, sein Vorsprung im Electoral College, das den Präsidenten wählt, beträgt 306:232 Wahlleute. Denselben Vorsprung hatte Trump vier Jahre zuvor, bei seinem Wahlsieg über Hillary Clinton (die dabei knapp drei Millionen Stimmen mehr erhielt als Trump), in der ihm üblichen Übertreibung als „Erdrutschsieg“ bezeichnet.

Die Nachwahlbefragungen der „New York Times“ bieten Anhaltspunkte für das Wahlverhalten. Dort fallen zunächst zwei Fakten ins Auge: Trump gewann bei den Männern mit 53:45 Prozent, Biden bei den Frauen mit 57:42 Prozent. Es waren also die Frauen, die Biden ins Amt hievt.

Zum anderen sprachen sich die Weißen mit 58:41 Prozent erneut sehr deutlich für Trump aus, wenngleich der Abstand etwas geringer ausfiel als 2016. Und zum Erstaunen mancher hat sich das Wahlverhalten weißer Männer und Frauen angenähert: Weiße Männer optierten mit 61:38 Prozent, weiße Frauen mit 55:44 Prozent für Trump. Während gegenüber 2016 der Anteil weißer Männer um fünf Prozentpunkte sank, stieg er bei den weißen Frauen sogar noch einmal um zwei Prozentpunkte.

Während die weiße Wählerschaft also deutlich für Trump votierte, stimmten alle anderen, nicht-weißen Gruppen noch deutlicher für Biden, nämlich mit insgesamt 71:26 Prozent. Besonders groß fiel die Unterstützung einmal mehr bei den Afroamerikanerinnen (90:9 Prozent) und Afroamerikanern (79:19 Prozent) aus – ein Anteil, der in Bundesstaaten wie Georgia, aber auch in Michigan und Pennsylvania die Wahl entschied. Dennoch schrumpfte der demokratische Vorsprung in dieser Wählergruppe leicht.

Auch bei den Latinos siegte Biden mit 65:32 Prozent klar, allerdings ebenfalls mit geringerem Vorsprung als Clinton 2016 oder gar Obama 2012. Dass Trump rund ein Drittel der Latino-Stimmen erringen konnte, mag auf den ersten Blick, gerade angesichts seines gegen Einwanderer aus Lateinamerika gerichteten Rassismus, verblüffen.¹ Aber

man sollte zum einen bedenken, dass George W. Bush bei seiner Wiederwahl 2004 noch weit mehr, nämlich 44 Prozent der Latino-Stimmen erhalten hatte. Zum anderen muss man bei dieser besonders heterogenen Wählergruppe genau hinschauen. So stieg die Wahlbeteiligung gerade unter Latinos erheblich, wodurch sich die Anteile etwas verschoben; Trump konnte offenbar auch in dieser Gruppe Nichtwähler mobilisieren. Dass er im Großraum Miami beträchtlich zulegte, lässt sich auf die Mobilisierung der kubanisch-amerikanischen Wähler zurückführen, die traditionell den Republikanern zuneigen. Trump gewann aber auch in anderen Bundesstaaten Latino-Stimmen hinzu, selbst in Südtexas: Dort konnte er in jenen Wahlkreisen erheblich zulegen, die direkt an der mexikanischen Grenze liegen und in denen mehrheitlich – teilweise über 90 Prozent – Latinos wohnen. Dies lag nicht zuletzt daran, dass es der Trump-Kampagne offenbar gelang, die unter hohem Druck stehenden kleinen Gewerbetreibenden und deren Beschäftigte, die einen zweiten Lockdown um jeden Preis vermeiden wollten, für sich zu gewinnen.²

Einen großen Unterschied im Wahlverhalten machten darüber hinaus einmal mehr die Höhe des Haushaltseinkommens und der Bildungsgrad. Wie der Blick aufs Einkommen zeigt, votierten diejenigen mit geringen oder mittleren Einkommen mehrheitlich für Biden, während die Wohlhabenden für Trump optierten: In der Gruppe mit Jahreseinkommen unter 50.000 Dollar pro Haushalt gewann Biden 55:44 Prozent, in der zwischen 50 und 100.000 Dollar gar mit 57:42 Prozent; bei den Haushalten mit über 100.000 Dollar Jahreseinkommen hingegen unterlag er Trump mit 42:54 Prozent (bei jenen mit über 200.000 Dollar lagen allerdings beide gleichauf bei 44 Prozent).

Interessant auch der Bildungsgrad: Während er bei den nicht-weißen Gruppen faktisch kaum einen Unterschied machte, fiel er bei der weißen Bevölkerung sehr deutlich aus: So gewann Biden knapp die Weißen mit College-Bildung (51:48 Prozent), verlor jedoch krachend in der Gruppe der Weißen, die kein College besucht haben, nämlich mit 32:67 Prozent. Allerdings kann man

1 Analog dazu gewann Trump bei asiatischen Amerikanern 34 Prozent (Biden: 61 Prozent).

2 Vgl. Mike Davis: Rio Grande Valley Republicans, in: „London Review of Books“, Vol. 42, No. 22, 19.11.2020.

den Bildungsunterschied nicht mit der sozialen Schichtung gleichsetzen, denn Hochschulabschlüsse garantieren schon lange kein hohes Einkommen mehr, und zur Gruppe ohne Hochschulabschluss zählt nicht zuletzt die große Mehrheit der kleinen Gewerbetreibenden. Trumps Basis, so lässt sich mit Blick auf die soziale Zugehörigkeit festhalten, liegt also weniger in der „neuen Mittelschicht“ der Angestellten, als vielmehr in der „alten“ Mittelschicht der kleinen Gewerbetreibenden, Selbstständigen und der (weißen) Facharbeiterschaft,³ die sich, zu Recht oder zu Unrecht, von der Globalisierung bedroht fühlen.

Dass Trump bei den unteren Einkommensgruppen 44 Prozent erzielte, macht deutlich, dass einfache Erklärungen mit Blick auf die soziale Schichtung zu kurz greifen. Bestätigt wird dies dadurch, dass Trump selbst bei Gewerkschaftsmitgliedern 40 Prozent der Stimmen erhielt (Biden: 56 Prozent). Auch wenn das Narrativ, Trump sei der „Held der (weißen) Arbeiter“, nicht zutrifft, zeigen diese Zahlen doch, dass viele Arbeiter und Angestellte für seinen Rechtspopulismus empfänglich sind – und dass Trump in dieser Gruppe im Vergleich zu 2016 sogar zulegen konnte.⁴ Das hat nicht zuletzt damit zu tun, dass die Demokraten in den Jahren ihrer neoliberalen Regierungsführung unter Clinton und Obama (mit seinem Vize Biden) materiell nur wenig für die „einfachen Leute“ getan haben.

Leichte Zuwächse erzielte Trump ebenfalls, wie gesehen, bei Afroamerikanern und Latinos. Offenbar findet der Trumpsche Rechtspopulismus auch bei einigen rassistisch Diskriminierten Gehör.⁵ Dies unterstreicht, dass die Annahme der Demokraten, der demographische Wandel werde ihnen quasi automatisch Mehrheiten zuspülen, in die Irre geht.

Die Rolle der Linken

Anders als noch 2016 agierten die Demokraten in diesem Wahlkampf wesentlich geschlossener;

vier Jahre Trump im Weißen Haus hatten die Überzeugung reifen lassen, dass dem primären Wahlziel, der Abwahl Trumps, andere Interessen untergeordnet werden mussten. Deshalb kam es zu einem Bündnis von Zentrum und Parteilinken, man zog während des Wahlkampfes an einem Strang. Misstöne, wie sie 2016 durch das Zerwürfnis zwischen Hillary Clinton und Bernie Sanders entstanden waren, drangen diesmal nicht nach außen. Die Linke, die in den letzten Jahren innerhalb und außerhalb der Demokratischen Partei stark gewachsen ist, hat Biden weit geschlossener und stärker unterstützt als Clinton vier Jahre zuvor. Fest steht: Ohne die breite Unterstützung fast der gesamten politischen Linken des Landes wäre die Abwahl Trumps nicht möglich gewesen.

Dennoch sind damit die innerparteilichen Konflikte keineswegs gelöst. Die gern als „großes Zelt“ bezeichnete Demokratische Partei umspannt ein politisches Spektrum, das, auf deutsche Verhältnisse übertragen, von der Merkel-CDU bis zur Linkspartei reicht. Das kann und wird Konflikte erzeugen, die mittelfristig nur schwer im Zaum gehalten werden können. Die unmittelbar nach dem Wahltag einsetzenden innerparteilichen Schuldzuweisungen, wer denn dafür verantwortlich sei, dass die Demokraten zwar die Präsidentschaft gewannen, aber mehrere Sitze im Repräsentantenhaus verloren und vor allem im Senat aller Voraussicht nach nicht die Mehrheit erringen konnten, ist hierfür nur die Overture.

Insgesamt haben sich die Gewichte innerhalb der Demokratischen Partei in den letzten Jahren, seit der ersten Kandidatur von Bernie Sanders, nach links verschoben. Dies zeigt sich auch im Kongress, wo 2018 mit der New Yorker Abgeordneten Alexandria Ocasio-Cortez („AOC“) und der „Squad“ weitere linke Abgeordnete ins Repräsentantenhaus gewählt wurden.⁶ Selbst der Congressional Progressive Caucus bewegt sich sanft nach links.

Und dennoch hängt der Hammer auf der anderen Seite des Spektrums innerhalb der Demo-

3 Vgl. Christopher Vials: Here's What We Learned About the Far Right From Donald Trump's Presidency; jacobinmag.com, 15.11.2020.

4 Vgl. Akademiker, wohlhabend, wählt: Joe Biden – so sicherte sich der Demokrat den Sieg; in: „Neue Zürcher Zeitung“, nzz.ch, 7.11.2020.

5 Vgl. das Interview mit Paul Gilroy: „Whiteness Just Ain't Worth What it Used to Be“, in: „The Nation“, 28.10.2020.

6 Zur Squad zählen, neben AOC, Ilhan Omar aus Minnesota, Ayanna Pressley aus Massachusetts und Rashida Tlaib aus Michigan. Daneben gibt es weitere dezidiert linke Abgeordnete wie etwa Pramila Jayapal (Washington State), Ro Khanna (Kalifornien), Mark Pocan (Wisconsin) oder die neu gewählten Jamaal Bowman (New York) und Cori Bush (Missouri).

kratischen Partei. Zum einen ist die Abhängigkeit Bidens vom Großen Geld – von Wall Street wie Silicon Valley – enorm. Die Reichen und ihre Konzerne haben das viele Geld nicht in seine Wahlkampagne gesteckt, um anschließend von Linken regiert zu werden. Aber auch aus eigener Überzeugung steuert die Regierung Biden/Harris auf eine ähnliche Ausrichtung zu, wie sie unter Clinton und Obama bestand. Das ist schon deshalb kein gutes Zeichen, weil es genau deren neo-liberale Politik war, die Trumps Wahl überhaupt erst möglich machte.

Zum anderen verheißt dieser Umstand wenig Gutes für die Zusammensetzung der neuen Regierung. Biden hätte seinen Willen zur Reform ganz einfach unter Beweis stellen können, indem er Elizabeth Warren zur Finanzministerin und Bernie Sanders zum Arbeitsminister machte. Stattdessen erlebt man das Gegenteil, nämlich dass Biden die Linken aus dem Kabinett raushält. Einzelne Vertreter können immer noch auf einigen der rund 6.000 Posten, die eine neue Regierung besetzen muss, platziert werden; viel Kompromissbereitschaft seitens der Zentristen ist aber kaum zu erwarten. Im Ergebnis dürfte die Linke nur wenig direkten Einfluss auf die Regierungsgeschäfte haben.

Optionen für die US-Linke

Das bedeutet indessen nicht, dass die Linke keine Optionen besäße. Zum einen erhält sich ein Großteil der innerhalb der Demokratischen Partei arbeitenden Linken, darunter die Democratic Socialists of America (DSA), mit der Strategie des „inside/outside“, die ein Standbein der Linken außerhalb der Partei und in den sozialen Bewegungen sieht, eine gewisse Unabhängigkeit.

Zum anderen erhält der im Anschluss an die Vorwahlen zwischen Biden und Sanders ausgehandelte programmatische Kompromiss durchaus fortschrittliche Positionen, etwa zu Green New Deal, Bildung, Gesundheitsversorgung und Mindestlohn. Progressive Veränderungen sind in bestimmten Politikfeldern also durchaus denkbar, vor allem mit Blick auf den gesetzlichen Mindestlohn und den Einstieg in einen Green New Deal. Andere Forderungen hingegen, wie die Einstellung des Fracking oder die so dringend be-

nötigte Reform und Ausweitung der Krankenversicherung (Medicare for all), werden wohl nicht umgesetzt – was, neben dem Unwillen der neuen Regierung, auch an den realen Kräfteverhältnissen im Senat liegt.

Grundsätzlich läuft der radikale Flügel der US-Linken Gefahr, sich mit immer radikaleren Forderungen zu übertreffen, die keine Chance auf Durchsetzung haben und viele Wähler abschrecken dürften. Das ist ein Problem, gerade auch mit Blick auf den Umstand, dass der Reformbedarf tatsächlich überdeutlich ist. Dennoch: Forderungen wie „Defund the Police“ (der Polizei die finanziellen Mittel entziehen) oder die „Abschaffung“ der Gefängnisse und der Einwanderungs- und Zollbehörde kommen auch in der working class, bei den abhängig Beschäftigten, nicht gut an. Es wird in den nächsten Jahren nicht um die „Abschaffung“ von Polizei und Gefängnissen gehen, sondern um deren radikale und dringend gebotene Reform – das aber müsste sich auch in den Forderungen spiegeln.

Insgesamt verfügt die Linke durchaus über Optionen. Immer wieder zeigen Umfragen, dass viele ihrer Kernthemen – eine allgemeine Krankenversicherung, drastische Erhöhung des Mindestlohns, Klimaschutz, Abschaffung der Studiengebühren – gesellschaftlich mehrheitsfähig sind. Mehr noch: Durch die Proteste infolge der polizeilichen Ermordung von George Floyd im Mai 2020 bewertete in den Nachwahlbefragungen eine deutliche Mehrheit (57 Prozent) die Bewegung „Black Lives Matter“ positiv – trotz der andauernden Dämonisierung durch Trump und die Republikaner. Zwei Drittel der Wählerschaft stimmen gar der Aussage zu, dass der Rassismus eines der größten Probleme der Gegenwart ist. Dies lässt hoffen, dass die neue Administration sich dem Kampf gegen den Rassismus nicht entziehen wird.⁷

Die Tücken des „American Decline“

Seit Jahren wird vom „American Decline“ gesprochen, demzufolge die Vereinigten Staaten einstweilen zwar die stärkste Wirtschafts- und

⁷ Vgl. Albert Scharenberg: Die offenen Wunden der USA vor und nach Trump, in: „Grenzgängerin“, 2/2020, grenzgaengerin.eu.

Militärmacht der Welt bleiben, ihr Gewicht aber relativ abnimmt, vor allem im Vergleich mit China. Es gilt indes festzuhalten, dass dies keinen Aufbruch in eine bessere, multilaterale Zukunft markiert. Im Gegenteil: Der relative Niedergang mobilisiert auch jene Kräfte, die sich mit aller Macht dem Abstieg entgegenstellen – koste es, was es wolle. Auch aus dieser Haltung schöpfen Trump und Konsorten ihre Unterstützung.

Die USA stehen in den nächsten Jahren vor der Entscheidung, ob sie eine multiethnische Demokratie sein oder die weiße Vorherrschaft reetablieren wollen. Diese Frage ist, das haben Trump und der Trumpismus deutlich gemacht, noch keineswegs entschieden. Trumps autoritärer Regierungsstil und offener Versuch der Wahlfälschung haben die ohnehin bereits angeschlagene US-Demokratie weiter beschädigt.

Offen ist dagegen die Zukunft der Person Donald Trump. Ob er seine Position in der republikanischen Partei mittelfristig behaupten kann, steht in Frage – ohne die Macht des Präsidentenamtes, angesichts der laufenden Gerichtsverfahren gegen ihn und auch aufgrund

des Umstands, dass die abstruse Lüge vom massenhaften Wahlbetrug das Potenzial hat, die republikanische Wählerschaft zu spalten. Es ist kein Zufall, dass sich wichtige CEOs, von Blackstone bis Disney, am 6. November trafen, um über mögliche Schritte gegen Trumps Versuch der Wahlfälschung zu beraten.⁸ Grundsätzlich stehen die Republikaner vor der Frage, ob sie den autoritären Kurs fortsetzen und die Demokratie weiter untergraben oder sich von der weißen Vorherrschaft abwenden wollen.

Für die Demokraten wird es zum einen darum gehen, was Präsident Biden politisch durchsetzen will – und kann, angesichts der voraussichtlich fehlenden Mehrheit im Senat und eines Supreme Court, der felsenfest in konservativer Hand ist. Fest steht, dass es schwierig wird, substanzielle Reformen durchzusetzen. Und fest steht deshalb auch, dass es nicht leicht sein dürfte, das „große Zelt“ zusammenzuhalten. ■

⁸ Vgl. Top CEOs met to plan response to Trump's election denial, apnews.com, 13.11.2020.



176 Seiten, September 2020
ISBN 978-3-948250-16-4

Albert Scharenberg (Hrsg.)

DER LANGE MARSCH DER MIGRATION

Die Anfänge migran-
tischer Selbstorganisation
im Nachkriegsdeutschland

Ein Lesebuch zu den Anfängen der Selbstorganisation italienischer, türkischer, kurdischer, griechischer und portugiesischer Gastarbeiter sowie der DDR-Vertragsarbeiter, Vietnamesen und Schwarzen Deutschen.



Download und Bestellung unter:
www.rosalux.de/publikation/id/42906